

wo sich katholische Mitglieder einer Gruppe zusammenfinden, sind sie noch unter sich. Aber das ist nur ein Ausdruck faktischen Tatbestandes, keinesfalls Ergebnis organisatorischer Selbständigkeit. In die Führung der tschechoslowakischen Pfadfinder sind bereits ideologisch überprüfte und linientreue Jungkommunisten eingerückt. Ihr Einfluß ist noch nicht spürbar, aber ihre Anwesenheit genügt, um Entscheidungen und Planungen zu beeinflussen. Die KP hat auch hier die Zügel an sich gerissen.

Über diese und andere Einzelercheinungen geänderter Kirchenpolitik in der neuen ČSSR hinaus geht ein Angriff des tschechoslowakischen Fernsehens auf Bischof Tomášek in Prag. Es wurde ihm Mitte November vorgeworfen, die Konterrevolution zu unterstützen, und die Preßburger „Pravda“ äußerte offen ihre Unzufriedenheit mit der wiederaufgenommenen Tätigkeit der Ordensfrauen in der Öffentlichkeit der Slowakei. Noch ist nicht ersichtlich, ob es sich dabei um ein Vorzeichen weiterer Maßnahmen handelt. Sie könnten Auftakt eines schärferen Vorgehens gegen die Kirche sein, nachdem die Säuberung innerhalb

der Partei und Gesellschaft allmählich reinen Tisch geschaffen hat.

Verhandlungen nicht aktuell?

Auf diesem Hintergrund müssen auch Aussichten auf baldige *Verhandlungen der Prager Regierung mit dem Heiligen Stuhl* gesehen werden. Es war im Laufe des Jahres 1969 zu einer Besprechung gekommen, wobei man sich einigte, zuerst die Wiederbesetzung der sechs slowakischen Bistümer zu erörtern. Bei den Besuchen einer der Bischöfe in Rom dürfte auch dort darüber gesprochen worden sein. Derzeit jedoch herrscht in Prag die Meinung vor, daß Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl nicht unmittelbar bevorstehen. Ursache dafür ist ein Desinteresse der Prager Regierung. Die Gründe dafür werden nicht genannt. Ob der Führung in Staat und Partei die gegenwärtige Situation mehr entgegenkommt? Kündet sich wiederum eine Zeit der „Kapitelsvikare“ an? Dann stünde das kirchenpolitische Barometer in Prag auf Sturm.

Flexiblere Kirchenpolitik der Bischöfe in der DDR?

Einige Repräsentanten der katholischen Kirche in der DDR haben anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der DDR öffentliche Stellungnahmen abgegeben, die sich von bisherigen Erklärungen beachtenswert unterscheiden. Die Bischöfe und Bischöflichen Kommissare hatten sich an den offiziellen Festveranstaltungen in den Bezirkshauptstädten und in Ostberlin zwar nicht beteiligt. Es nahmen jeweils nur ein oder zwei Ordinariatsräte teil. Beim Staatsakt in Ostberlin waren als Beauftragte der Berliner Ordinarienkonferenz nur der Generalvikar für den Ostteil der Diözese Berlin, Weihbischof *H. Theissing* in Begleitung von Prälat *O. Groß* anwesend. Aber im Ostberliner „St. Hedwigsblatt“ und im Leipziger „Tag des Herrn“ (Erscheinungsweise wöchentlich bzw. zweiwöchentlich im Umfang von je 8 Seiten DIN A 4) wurden mit Illustrationen und statistischen Angaben auf den inneren Doppelseiten zur Entwicklung der katholischen Kirche in der DDR in den vergangenen 20 Jahren sachlich und weitgehend positiv Stellung genommen.

Änderungen des Episkopats

Im Ostberliner „St. Hedwigsblatt“ wurden Ausschnitte aus Stellungnahmen kirchlicher Würdenträger zum 20. Jahrestag der DDR abgedruckt.

Der Bischof von Berlin, Kardinal *A. Bengsch*, sagte am 14. September 1969 anlässlich der 100-Jahr-Feier der Marien-Wallfahrt nach Bernau in einer Predigt u. a.:

„Die Liebe Gottes zur Welt heißt: Er will sie zum Heil führen. Darum heißt die Liebe des Christen und der Kirche zur Welt nicht einfach ja zu allem, sondern ja zum Guten. Sie kann auch Distanz heißen, sie kann manchmal auch Schweigen heißen, aber es ist immer Liebe. Zu diesem Auftrag müssen wir uns bekennen: die Menschen zu lieben: die, mit denen wir zusammen sind, die Menschen hier bei uns in der DDR. Wenn staatlicherseits in wenigen Tagen der 20. Geburtstag gefeiert wird: wir sind schon bereit, alles anzuerkennen, was zum wirklichen Wohl der Menschen getan wird, auch aus dem Grunde, weil ja da überall Christen mitgearbeitet haben. Und wenn wir zu-

rückdenken an die 20 Jahre kirchlichen Lebens hier, werden wir nicht wegwischen können die Spannungen und die manchmal schweren Belastungen, aber wir werden auch mit Dank gegen Gott sagen können: die Kirche konnte seelsorglich arbeiten; und wenn wir ganz ehrlich sind, sie hatte noch mehr Chancen, als sie oft genutzt hat.

Es ist nicht mangelnde Liebe, es ist nicht Interesselosigkeit, und schon gar nicht Haß, wenn die Kirche nicht überall einstimmen kann, wenn sie Vorbehalte hat, sondern es ist die Treue zu ihrer Sendung der Liebe, aber zum Heil der Menschen, darum werden wir auch für unsere Menschen hier, für alle, die Gläubigen und die Ungläubigen, beten, damit der Weg in die Zukunft ein Weg zum wahren Frieden, zu wahrer Gerechtigkeit und Freiheit, zu Achtung der Menschenwürde werde. Und auch da, wo eine volle Übereinstimmung nicht zu erreichen ist, werden wir uns bemühen um ein tragbares Miteinander in Redlichkeit und Freiheit.“

Weihbischof *H. Aufderbeck* (Generalvikar und Bischöflicher Kommissar in Erfurt) sagte bei der Herbstwallfahrt in Erfurt am 21. September 1969: „Die Menschheit lebt in der Hoffnung auf eine bessere Welt (Populorum progressio, Nr. 79). Johannes XXIII., Paul VI., das Zweite Vatikanische Konzil rufen uns dazu auf, daß jeder an seiner Stelle — in seiner Weise — mit allen Menschen guten Willens mitarbeitet für den Frieden der Welt (Pacem in terris) und den Fortschritt der Völker (Populorum progressio). Dabei sollen Christen darauf achten, daß sie sich selber treu bleiben ... Sie sollen die Meinung der anderen Seite mit echtem Wohlwollen sachlich und selbstlos prüfen und bereit sein, mit vereinten Kräften zu schaffen, was seiner Natur nach gut oder zum Guten gewendet werden kann (Pacem in terris). — Wir erkennen dankbar das Gute und das Wahre an, das hier und anderswo in der Welt zum Wohle der Menschheit und zur größeren sozialen Gerechtigkeit getan wird. Ein Miteinander in Redlichkeit, Brüderlichkeit, Gleichberechtigung und Freiheit wird dem Volke und der Welt zum Segen sein.“

Msgr. B. Huhn (Ordinariatsrat im Erzbischöflichen Amt Görlitz) erklärte auf dem Empfang des Rates des Bezirks Cottbus am 15. September 1969: „Bei einem Rückblick erinnern wir uns daran, daß es vor zwei Jahrzehnten für unser Land darum ging, die unseligen Folgen des zweiten Weltkrieges zu überwinden. Darin teilte die DDR das Schicksal vieler Nachbarländer, denen eine ähnliche schwere Aufgabe gestellt war. Wir dürfen heute feststellen, daß diese Aufgabe durch den Lebenswillen unseres Volkes, der Menschen, mit denen wir zusammenleben, Nichtchristen und Christen erfolgreich und zäh aufgegriffen wurde. Wir Christen anerkennen die auf wirtschaftlich-ökonomischem, dem sozialen, medizinischen und wissenschaftlichen Sektor errungenen Leistungen nicht nur wie Zuschauer, sind sie doch auch dem Schweiß und Fleiß der großen Zahl christlicher Bürger zu verdanken.“

Veränderte Haltung zur Jugendweihe

Eine modifizierte Haltung zeigt sich auch in der Stellungnahme der Berliner Ordinarienkonferenz vom 24. bis 25. Februar 1969 zur Jugendweihe, die erst im Oktober vergangenen Jahres bekannt wurde. Unmittelbarer Anlaß zu einer Überprüfung ihrer Haltung war die Neufassung des Jugendweihegelöbnisses nach der Annahme der neuen sozialistischen Verfassung im April 1968 (vgl. Herder-Korrespondenz, 22. Jhg., S. 231—237). Der eigentliche Grund für ihre neue Position waren aber weder diese Neuformulierung, die sich von der früheren aus dem Jahre 1958 inhaltlich in nichts wesentlich unterschied, noch auch der atheistisch geprägte Vorbereitungsunterricht. Vielmehr lagen die Gründe, wie es in der Stellungnahme heißt, in der „Zwiespältigkeit der Gelöbnisformel und der Propaganda“, die „immer schwerer erkennbar“ wurden, in der harmloseren Beurteilung der Weihe durch Eltern und Jugendliche, welche diese oft nicht mehr als „direkte und bewußte Verfehlung gegen den Glauben“ werteten, in der „meist vorhandenen Minderung der Freiheit“ und der „subjektiven Unmöglichkeit klarer Einsicht“. Wörtlich heißt es dann: „Es muß mit irrigem Gewissen und mit Zweifel an der Berechtigung kirchlicher Weisungen überhaupt gerechnet werden. In dieser Lage können die bisherigen Sanktionen nicht mehr allgemein als geeignete Mittel angesehen werden, zur Klarheit der Glaubensentscheidung zu verhelfen.“

Freilich wird außerdem auch die Tatsache eine Rolle gespielt haben, daß nicht wenige „schwache“ Katholiken, die ohnehin nur in losem Kontakt zur Kirche standen, durch diese Sanktionen noch mehr an den Rand gedrängt wurden und sogar offen von der Kirche abfielen. So entschied sich die Berliner Ordinarienkonferenz, obwohl sie ihre bisherige Auffassung im Prinzip bekräftigte, gegen die Beibehaltung der früheren Sanktionen (Jugendweihe als öffentliches Ärgernis mit der Folge des Ausschlusses vom Sakramentenempfang für Eltern und Jugendliche) und für eine verstärkte pastorale Gewissensbildung der Gläubigen, damit diese selbst in der rechten Unterscheidung der Geister die rechte Entscheidung treffen.

Mit dem Hinweis auf das „Zeugnis des Glaubens“, das von vielen — in der Vergangenheit gebracht — auch „in der Zukunft unvermeidlich“ sein werde und das „Quelle des Segens“ sei, schienen die Bischöfe jene Katholiken anzusprechen zu wollen, welche sich heute angesichts des Kurswechsels fragen, ob die jetzige Entscheidung nicht schon früher (etwa bereits 1962) hätte getroffen werden können,

da ja gerade die als wesentlichstes Hindernis angesehenen atheistischen Vorbereitungsstunden im Grunde nicht mehr waren als eine relativ harmlose Ergänzung des ohnehin atheistisch gefärbten Schulunterrichts.

Diese Stellungnahmen lassen kritische Distanz erkennen. Dennoch kann man in ihnen einen bedeutsamen offiziellen Schritt sehen, sich mit gesundem Selbstbewußtsein auf die Realitäten in der DDR einzustellen und die innere Entwicklung differenzierter zu beurteilen. Die früher sehr verbreitete Position strikter, auch gesellschaftspolitischer Ablehnung wird modifiziert. Man nimmt die verfassungsmäßige „sozialistische Ordnung“ zur Kenntnis, identifiziert sich aber nicht mit ihr.

Anpassung auf Distanz

Diese Haltungsänderung wird vollends deutlich, wenn man die jetzigen Aussagen mit Stellungnahmen vergleicht, die noch vor dem Zweiten Vatikanischen Konzil in einer Situation zugespitzten Kirchenkampfes abgegeben wurden. Zu guter Arbeitsdisziplin im Beruf, zum Dienst am Nächsten, zur Wahrung echter Menschlichkeit in der gegebenen Gesellschaft wurden die Katholiken in Mitteleuropa auch schon früher aufgerufen. Aber damals wurde ihnen eine sehr viel radikalere Distanzierung gegenüber dem System abverlangt. Bischof O. Spülbeck (Meißen) hatte noch auf dem Kölner Katholikentag 1956 erklärt: „Das Entscheidende, das wir als Christen immer wieder betonen müssen, ist, daß sie in aller Deutlichkeit erklären, daß wir anders sind. Wir erlauben uns als katholische Christen in fast allen Fragen der Öffentlichkeit eine andere, und zwar eine eigene Meinung zu haben, die wir aus Presse und Rundfunk niemals hören. Wir sind eben anders.“

Lassen Sie mich als Beispiel ein Gespräch erzählen, wie ich es oftmals auf höchster Ebene oder in den Bezirken des Landes führe. Dieses Gespräch beginnt geradezu stereotyp: Herr Minister, Sie sind Marxist. Ich bin katholischer Christ. Wir haben daher in den weltanschaulichen Beziehungen nichts miteinander gemein. Es gibt keine Brücken von Ihnen zu uns. Wir sind völlig getrennte Leute. Aber wir leben in einem Haus, dessen Grundfesten wir nicht gebaut haben, dessen tragende Fundamente wir sogar für falsch halten. Und wenn wir jetzt in diesem Haus miteinander leben, so kann unser Gespräch nur bedeuten — verzeihen sie mir die Banalität, aber ich habe es so gesagt —, wer macht in diesem Hause die Treppe sauber? Damit soll keine Abwertung der ernstesten Gespräche zwischen Staat und Kirche gemeint sein, sondern es soll nur handgreiflich ausgedrückt werden, daß grundsätzliche Gespräche zwischen den beiden Partnern nicht möglich sind. Wir tragen gerne dazu bei, daß wir selbst in diesem Hause noch menschenwürdig und als Christen leben können, aber wir können kein neues Stockwerk draufsetzen, da wir das Fundament für fehlerhaft halten. Das Menschenbild des Marxismus und seine Gesellschafts- und Wirtschaftsauffassung stimmt mit dem Bild, das wir haben, nicht überein. Dieses Haus bleibt uns ein fremdes Haus. Wir leben also nicht nur kirchlich in der Diaspora, sondern auch staatlich.“

Auf der ersten Session der Meißener Synode (vgl. ds. Heft, S. 5) wurde die Position der Kirche anders umschrieben: „Die Sendung der Kirche ist an kein besonderes politisches, wirtschaftliches oder gesellschaftliches System gebunden. Auch in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung wie bei uns in der DDR soll die Kirche

ihre Botschaft und ihren Dienst so ausrichten, daß sie glaubwürdig werde.“

Die These vom sozialistischen Staat als dem fremden Haus wurde allerdings schon 1956 keineswegs von allen Katholiken in der gleichen Schärfe geteilt. Auch war sie nicht so programmatisch gemeint, wie sie in der Bundesrepublik interpretiert wurde. Eine Koexistenz um des gesellschaftlichen Gemeinwohls willen, die jetzt konsequenter ausgesprochen wird, wurde auch damals bejaht.

Zudem war die Äußerung in der damaligen Situation mehr als gut verständlich und berechtigt. Die staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen taten in der ersten Phase der Entwicklung in der DDR alles, um jede eigenständige Mitwirkung der Kirchen im öffentlichen Leben auszuschalten. Erst später wechselte unter dem Motto von der Schaffung der sozialistischen Menschengemeinschaft die SED zu einer flexibleren Taktik über.

Heute kann auch von den Funktionären der SED nicht mehr übersehen werden, daß in 20 Jahren Aufbauarbeit in der DDR auch Katholiken aktiv beteiligt waren, und zwar nicht nur als Arbeiter und Bauern, sondern als Meister, Genossenschaftsvorsitzende, Ingenieure, Ärzte, Wissenschaftler, Künstler, Komplementäre haben sie im Alltag gute Arbeit für die ihnen auferlegte Gesellschaftsordnung geleistet. Sie scheinen diese Tatsache zur Kenntnis zu nehmen. Sie verzichten weiterhin nicht auf Pressionen, aber verglichen mit anderen kommunistischen Staaten war die Kirche nie im eigentlichen Sinne verfolgt. Die SED betrieb eine vergleichsweise milde Kirchenpolitik. Selbstverständlich bleiben weltanschauliche Gegensätze und Systemvorbehalte bestehen. Doch schließen diese Gegensätze und Vorbehalte konstruktives Verhalten in allem, was dem Wohle der Gesellschaft und dem gesellschaftlichen und ökonomischen Aufschwung gilt, nicht aus. Die DDR kann für die Katholiken keine ideologische Heimat sein; sie ist für sie aber auch kein schlechthin

fremdes Haus. Die Katholiken stellen sich zunehmend auf ihre konkreten Wirkmöglichkeiten im Lande ein und versuchen in antireligiös geprägter Umwelt sich als Christen im Alltag vornehmlich durch gute Berufsarbeit und Dienst am Nächsten zu bewähren. Sie schließen auch ein gesellschaftsspezifisches Engagement nicht mehr gänzlich aus. Sie diskutieren zunehmend offener über Möglichkeit und Grenzen sowie über Formen und Methoden eines solchen Engagements.

Das ausschließliche Frontdenken beginnt zu schwinden, ebenso das ausgeprägte Gefühl, als gläubiger Katholik nur ein Staatsbürger zweiter Klasse zu sein. Zwar gibt es bis auf den heutigen Tag sehr empfindliche Benachteiligungen und Diskriminierungen für bekennende Christen, aber das Ausmaß der Benachteiligungen wurde eingeschränkt. Manches wird infolge eines Gewöhnungsprozesses auch nicht mehr in seiner ursprünglichen Härte empfunden. Durch eine wenigstens rudimentäre Versachlichung des Berufslebens hat heutzutage auch der fachlich Tüchtigere unabhängig von Parteizugehörigkeit und ideologischer Aktivität einige Chancen zum Aufstieg.

Der Episkopat ist angesichts solcher Elemente der Entspannung um eine möglichst flexible, vornehmlich um eine an seelsorglichen Kriterien ausgerichtete Kirchenpolitik bemüht. Zu diesen Phänomenen läuft eine zunehmende Differenzierung der innerkirchlichen Standpunkte parallel, wie sie, wenn auch etwas verdeckt, auf bisherigen Sitzungen der Meißener Synode (vgl. ds. Heft, S. 5) sichtbar geworden sind. Auch dieser Entwicklung wird der Episkopat Rechnung zu tragen und zwischen ideologischen Verfärbungen und suchender Offenheit in der Erörterung von Glaubens- und Strukturfragen zu unterscheiden haben. Je stärker die bekennenden Christen in allen Diözesen zu aktiver Mitsprache in der Kirche selbst ermuntert werden, um so geringer ist die Gefahr weltanschaulicher Verfremdung.

Dokumentation

Die Botschaft Papst Pauls VI. zum Tag des Friedens

Vor drei Jahren rief Papst Paul VI. „alle Menschen guten Willens“ — diese Formulierung wurde aufmerksam registriert — dazu auf, den 1. Januar jeden Jahres als Friedenstag zu begeben (vgl. „Osservatore Romano“, 16. 12. 67). Sein Vorschlag fand damals viel verbale Zustimmung. Seitdem hat sich, bedingt durch das Scheitern zahlreicher — auch päpstlicher — Friedensbemühungen und durch weltpolitische Krisensituationen ein geschärftes, wenn auch noch vorwiegend theoretisches Bewußtsein von der Notwendigkeit systematischer Friedensforschung und -planung herausgebildet. Nicht zuletzt deshalb arbeitete der Papst diesmal (vgl. „Osservatore Romano“, 13. 12. 69) — vor allem im Blick auf die Jugend — den dynamischen Aspekt des Friedens heraus, der die Krönung „oft mühevoller und schmerzlicher“ Anstrengungen der Gesamtmenschheit sei. „Moralische Stärke“ müsse an die Stelle „brutaler Gewalt“ gesetzt werden. Im folgenden geben wir den Wortlaut der Ansprache in einer überarbeiteten Fassung der Übersetzung von KNA wieder.

Menschen in aller Welt! Wenn ihr in der Morgenstunde des neuen Jahres 1970 erwacht, verharret einen Augenblick bei folgendem Gedanken: Wohin führt der Weg der Menschheit? Eine Gesamtschau ist heute möglich, eine prophetische Vision.

Die Menschheit schreitet voran, d. h., sie macht Fortschritte zu einer immer umfassenderen Beherrschung der Welt. Denken, Forschen und Wissenschaft leiten sie bei dieser Eroberung. Arbeit, Apparate und Technik sind ihre Mittel. Und wozu? Um besser zu leben, um mehr zu leben. Die Menschheit sucht die Erfüllung des Lebens innerhalb der ihr gegebenen Zeit und erlangt sie. Aber sie stellt fest, daß es keine wahre Erfüllung des Lebens wäre, wäre sie nicht universal, das heißt, würde sie nicht alle Menschen miteinbeziehen. Aus diesem Grunde ist sie bemüht, die Wohltaten des Fortschrittes auf alle Völker auszudehnen. Sie strebt hin zur Einheit, zur Gerechtigkeit, zu einem Gleichgewicht, zu einer Vollkommenheit, die wir Frieden nennen.

Auch dann, wenn die Menschen dem Frieden zuwiderhandeln, streben sie nach Frieden. „Mit dem Blick auf den Frieden führen sie auch Kriege“ (De civ. Dei, XIX, c. XII; PL 7, 637). Der Friede ist das folgerichtige Ziel der Welt von heute; er ist das Ziel des Fortschritts, die Ordnung, welche die großen Anstrengungen der modernen Kultur abschließen (vgl. „Lumen gentium“, 36).

Darum verkünden wir heute wieder den Frieden als unseren besten Wunsch für die kommende Zeit. Friede sei mit euch, ihr Menschen des Jahres 1970! Wir kündigen den Frieden als die beherrschende Idee des menschlichen Daseins und des Menschen,